

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Teletax: 21 06 64

Inhalt

Annemarie Renger MdB zur Verabschiedung des Godesberger Programms vor 30 Jahren: Meilenstein unserer Parteigeschichte.

Seite 1

Albrecht Müller MdB zum Polen-Besuch des Kanzlers: Versöhnung erst durch Kohl?

Seite 3

Konrad Gilges MdB zu den Ergebnissen eines parlamentarischen Hearings: Viele Schadstoffe in den Lebensmitteln.

Seite 4

Otto Reschke MdB zur teilweisen Rücknahme der Besteuerung der Nachtarbeitszuschläge: Bundesrat und Finanzausschuß verhalten der Koalition zur Einsicht.

Seite 5

Dokumentation:

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat auf seiner Sitzung am Montag eine Entscheidung zur deutschlandpolitischen Situation verabschiedet, die wir dokumentieren.

Seite 6

44. Jahrgang / 219

14. November 1989

Meilenstein unserer Parteigeschichte

Zur Verabschiedung des Godesberger Programms vor 30 Jahren

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Zwischen dem 13. und dem 15. November 1959, vor genau 30 Jahren also, hat die deutsche Sozialdemokratie nicht nur ihren historischen Bad Godesberger Parteitag abgehalten - sie ist mit „Godesberg“ eine große Volkspartei geworden und hat damit einen Meilenstein in der deutschen Parteigeschichte gesetzt.

Es wäre zu einfach, sich nur auf eine Rückschau der vergangenen dreißig Jahre zu verlegen, um „Godesberg“ zu würdigen. Bereits während des Parteitages wurde von den meisten Teilnehmern und den politischen Beobachtern gespürt, daß sich hier ein historisches Datum in die lange Geschichte unserer Partei einschrieb.

1959 ging es darum, eine neue Standortbestimmung gegenüber Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend den historisch gewachsenen sozialdemokratischen Handlungsmaximen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vorzunehmen.

Die damals formulierten sozialdemokratischen Grundwerte haben auch heute noch volle Gültigkeit. Nicht alles, was in „Godesberg“ formuliert wurde und der Partei als Auftrag an die Hand gegeben wurde, konnte bisher in den politischen Alltag umgesetzt werden.

In den zurückliegenden dreißig Jahren sind neue Fragestellungen und neue Probleme aufgetaucht, die in der Öffentlichkeit und der Partei intensiv diskutiert wurden. Ich nenne einige, ohne damit eine Rangfolge beschreiben zu wollen: die ökologische Dimension unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft; das gravierende Problem anhaltender Arbeitslosigkeit in einem prosperierenden Sozialstaat; die Auswirkungen von Abrüstung und Rüstungsbegrenzung auf die internationale Staatengemeinschaft.

Angesichts der Erfahrungen mit dem Godesberger Programm und den jetzt vorgelegten Programm-Entwürfen sollte stärker beachtet werden, daß es wesentlich darauf ankommt, politische Glaub- und Vertrauenswürdigkeit in der Bevölkerung zu gewinnen, um mit der Verwirklichung sozialdemokratischer Politik vom Wähler beauftragt zu werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.



Vor dreißig Jahren standen mit herausragenden politischen Persönlichkeiten für die Glaubwürdigkeit einer Volkspartei, was dann auch 1966 mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung einen ersten Höhepunkt fand. Drei Jahre später wurde mit der Bildung der sozialliberalen Koalition ein neues Kapitel bundesdeutscher Geschichte aufgeschlagen.

Gerade heute, angesichts der politischen Entwicklung im anderen Teil Deutschlands, wird deutlich, welche Bedeutung die von der sozialliberalen Koalition geschlossenen Verträge mit den Staaten Ost- und Südosteuropas wie das Abkommen mit der DDR haben. Der KSZE-Vertrag, der nur gegen massiven Widerstand seitens der CDU und der CSU von unserem Parlament ratifiziert werden konnte, ist heute ein zentraler Baustein im Demokratisierungsprozeß, der sich in diesem Teil Europas vollzieht.

Die aktuellen Ereignisse in der DDR unterstreichen nachdrücklich die Richtigkeit des damals eingeschlagenen Weges.

Auch dafür schuf „Godesberg“ entscheidende Voraussetzungen. Kurz und prägnant ist dort formuliert, was die Menschen angesichts des politischen Verfalls von Mauer und Stacheldraht in Deutschland denken:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volk. Sie steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit. Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk.“

Der demokratische Aufbruch in der DDR ist nichts anderes als die lang ersehnte Selbstbestimmung nach innen. Wer das Selbstbestimmungsrecht stets gefordert hat, muß auch damit rechnen, daß sich die Menschen in der DDR in freien, geheimen und gleichen Wahlen für das Fortbestehen eines zweiten deutschen Staates ebenso aussprechen können wie für eine staatliche Einheit der heutigen Teilstaaten.

Verschiedene Modelle sind denkbar: eine Föderation, eine Konföderation oder auch die weiterbestehende Zweistaatlichkeit, wenn sie dann die Grund- und Menschenrechte und damit die freiheitliche Gestaltung für beide deutschen Staaten sicherstellt.

Mit der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes leisten die Bürger der DDR bereits heute einen Beitrag, der den europäischen Einigungsprozeß wesentlich voranbringt.

Wir sollten uns angesichts dieses faszinierenden demokratischen Erneuerungsprozesses davor hüten, mit fertigen Antworten auf die neuen politischen Herausforderungen zu reagieren. Damit gefährden wir eher den Prozeß der demokratischen Erneuerung statt ihn in allen seinen Dimensionen zu fördern.

Neue Überlegungen sind bei uns gefordert. Formeln, auch noch so gut gemeinte, die auch in der Vergangenheit ihre Berechtigung hatten, zwingen nur wieder ein. Jetzt ist eine offene Diskussion mit allen demokratischen Kräften im anderen Teil Deutschlands notwendig. Das schließt das nachdrückliche Vertreten von sozialdemokratischen Grundüberzeugungen selbstverständlich ein, wie sie in der DDR mit der Wiederbegründung einer sozialdemokratischen Partei bereits sichtbar werden.

Sozialdemokraten haben in den vergangenen vierzig Jahren totalitärer Gewaltherrschaft bittere Erfahrungen sammeln müssen. Mit der Zulassung und der Gewährung von Chancengleichheit für die neue sozialdemokratische Partei werden posthum die Opfer der Zwangsvereinigung geehrt und zugleich die Lebendigkeit sozialdemokratischer Überzeugungen unterstrichen.

Jetzt ist es bei uns und in der DDR angezeigt, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, um sicherzustellen, daß ideologische Voreingenommenheiten und doktrinäre Zwänge, die wir mit „Godesberg“ aus unserem Programm verabschiedet haben, nicht wieder Eingang in sozialdemokratische Perspektiven finden, die für sich den Anspruch erheben, über den Tag hinaus politische Gültigkeit zu besitzen.

(-/14.11.1989/vo-he/rs)

Versöhnung erst durch Kohl?

Anmerkungen zum Polen-Besuch des Kanzlers

Von Albrecht Müller MdB

Wer die Äußerungen von Bundeskanzler Kohl während seines Polen-Besuches verfolgt, traut seinen Ohren nicht: Immer wieder betonte der Kanzler, durch seine Reise würden Polen und Deutsche endlich versöhnt werden.

Kann sich Kohl, dem es doch sonst gelingt, in fast jeder seiner Reden den Begriff „Geschichte“ einfließen zu lassen, nicht daran erinnern, welche Ereignisse vor fast 20 Jahren die deutsch-polnische Aussöhnung bewirkt haben? 1970 schloß die sozialliberale Regierung den Warschauer Vertrag ab; Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Warschauer Ghettos wurde zum Symbol des neuen deutsch-polnischen Verhältnisses. Doch Kohl hat es zu keinem Zeitpunkt seiner Reise für Wert erachtet, an diese nun wirklich historischen Ereignisse anzuknüpfen.

Was Helmut Kohl in Polen vorführt, erinnert fatal an den miserablen Ehemann, der seine Frau nach jeder Gemeinheit mit einer großen Geste versöhnen will, ohne sich wirklich ändern zu wollen.

Abgesehen davon, daß das Verschweigen der historischen Wurzeln deutsch-polnischer Aussöhnung politisch einfach stillos ist, hat Kohls Verhalten noch fatalere Auswirkungen: Wenn gegenüber einem leidgeprüften Nachbarvolk wie den Polen im 20-Jahres-Rhythmus erklärt wird, wir Deutschen seien nun zur Versöhnung bereit, kann dies nur unglaublich wirken. Damit entwertet Kohl einerseits Willy Brandts Geste, denn die Polen werden sich fragen müssen, welchen Sinn sie gehabt haben soll, wenn die deutsch-polnische Versöhnung laut Kohl erst mit seinem Besuch, also 19 Jahre später besiegelt wurde. Andererseits entwertet der Kanzler auch seine persönliche Versöhnungsgeste, die Umarmung mit Ministerpräsident Mazowiecki in Kreisau. Denn jede wiederholte Versöhnungsgeste kann nur unglaublich wirken.

Mit seiner Behauptung, die Versöhnung finde j e t z t statt, könnte Kohl dann Recht haben, wenn er sich allein auf den rechten Teil seiner Partei und Wählerschaft bezieht. Der hat sich damals wirklich von der deutschen Versöhnungspolitik ausgenommen.

Die Polen-Reise des Kanzlers - wie auch übrigens sein Auftreten in Berlin - hat zwei Forderungen nötig gemacht:

1. Helmut Kohl muß endlich begreifen, daß er als Bundeskanzler verpflichtet ist, nicht als Parteivorsitzender, sondern für alle Deutschen zu handeln. Begreift er dies nicht endlich, so muß das deutsche Volk bei der nächsten Wahl die Konsequenzen ziehen.
2. Die FDP, vor allem Herr Graf Lambsdorff, ist aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen, daß der Bundeskanzler mit diesem Treiben aufhört.

(-/14.11.1989/va-he/rs)

* * *

Viele Schadstoffe in den Lebensmitteln

Zu den Ergebnissen eines parlamentarischen Hearings

Von Konrad Gilges MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß
für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

In unseren Lebensmitteln befinden sich immer noch zu viele Schadstoffe. Bei diesem Resümee der Wissenschaftler bei der öffentlichen Anhörung „Ernährung“ des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages in Berlin müssen Politiker aufhorchen.

Lebensmittelrecht, Schadstoffhöchstmengeverordnung und andere Rechtsvorschriften müssen daraufhin überprüft werden, ob sie für die Verbraucher noch den nach dem Stand der Wissenschaft möglichen Schutz gewähren.

Durch Schadstoffe in Lebensmitteln werden vielfache Erkrankungen ausgelöst, die das Gesundheits- und Sozialsystem mit sehr hohen Kosten belasten. Schadstoffe können das Immunsystem schwächen, lösen Allergien aus, führen zu chronischen Erkrankungen wie Gicht und können letztlich auch zu Unfruchtbarkeit bei Mann oder Frau führen.

Noch völlig unerforscht sind die Kombinationswirkungen bei Zusammentreffen mehrerer Schadstoffe. Eine Intensivierung der Forschung ist hier dringend geboten.

Schon heute aber zeigt sich, daß gesunde, natürliche Produktionsformen wichtigste Voraussetzung für gesunde Lebensmittel sind. Gesunde Lebensmittel können aber nur dann ihre positive Wirkung entfalten, wenn sie auch bei der Verarbeitung durch die Lebensmittelindustrie und letztlich auch bei der Verwendung durch den Verbraucher natürlich belassen werden.

Aufklärung und Information müssen neue Wege gehen und sich wirksam an alle Bevölkerungskreise und alle Altersgruppen wenden. Aufklärung über gesunde Ernährung und Essgewohnheiten müssen schon im Kindesalter beginnen und im Schulbereich verstärkt werden.

Eine neue Gefahr für gesunde Lebensmittel kann durch den freien EG-Binnenmarkt ab 1992 drohen.

Die SPD-Abgeordneten machten in der Anhörung deutlich, daß sie sich gegen jede Herabsetzung der deutschen Lebensmittelnorm wehren werden. Dies gilt insbesondere für jede Form der radio-nukleiden Bestrahlung von Lebensmitteln, wie sie nach einer geplanten Brüsseler Richtlinie möglich werden sol.

(-/14.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Bundesrat und Finanzausschuß verhalten der Koalition zur Einsicht

Zur teilweisen Rücknahme der Besteuerung der Nachtarbeitszuschläge

Von Otto Reschke MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung hat mit den Steueränderungsgesetzen auch die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit ab 1. Januar 1990 aufgehoben. Mit Inkrafttreten dieser Steuergesetzesänderung sollen die bisher steuerfreien tariflichen Erschwerniszuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit zu einem erheblichen Teil in die Steuerpflicht einbezogen werden. Daraus ergeben sich für Beschäftigte im Wechsel- und Nachtdienst erhebliche materielle Nachteile.

Die dem Bundesrat vorgelegte Lohnsteuerrichtlinie sah vor, daß nur Arbeitnehmern, die mehr als 50 Prozent der Nachtarbeit im Lohnzahlungszeitraum vor Null Uhr aufnehmen, ein höherer Zuschlag steuerfrei gewährt wird. Dadurch erreichten viele Arbeitnehmer, insbesondere Schichtarbeiter, nicht die erforderliche Anzahl von Nachtarbeitsstunden in einem Lohnabrechnungszeitraum von einem Monat, um einen Großteil der Nachtarbeit steuerfrei zu behalten. Die Folge wäre gewesen, daß viele Betriebe vom monatlichen Lohnzahlungszeitraum wieder zum wöchentlichen Lohnzahlungszeitraum zurückkehren müssen, um ihre Arbeitnehmer nicht zu benachteiligen und ihnen die volle Steuerbefreiung zu ermöglichen.

Der Bundesrat hat die Lohnsteuerrichtlinie in der vorgelegten Form abgelehnt und beschlossen, Nachteile für Schichtarbeiter auszugleichen, die durch das Abstellen auf den Lohnzahlungszeitraum entstehen. Der Finanzausschuß des Bundestages wird mit der Verabschiedung des Steuerrestantengesetzes jetzt endgültig darüber entscheiden.

Das Ziel wird sein, die 50 Prozent-Regelung durch die ersatzlose Streichung des § 3b Abs. 3 EStG 1990 aufzuheben. Gleichzeitig sollen die Zuschlagssätze der Steuerfreiheit nicht einheitlich für die gesamte Nachtarbeit geregelt werden, sondern zeitlich differenziert gestaltet werden. Änderungen sollen auch bei der starren Regelung der Sonn- und Feiertagsarbeit vorgenommen werden.

Die SPD hat sich bislang bei der Verabschiedung der Steueränderungsgesetze 1989 und 1990 gegen jegliche Verschlechterungen der Situation der Arbeitnehmer ausgesprochen.

Die Einschränkung der Steuerfreiheit der Lohnzuschläge auf Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit führt im Kern dazu, daß die tariflichen Regelungen, die über die Festlegung im Einkommenssteuergesetz hinausgehen und bisher steuerlich auch anerkannt wurden, gestrichen werden sollen.

Die Rechtfertigung dieser geplanten Maßnahme durch den „Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium in seinem Gutachten vom Januar 1988 ist nicht stichhaltig. Der Beirat weist darauf hin, daß „Beschwerden“, die mit unterschiedlichen Arbeitsbedingungen verbunden seien, nicht über Steuernachlässe kompensiert werden dürften, sondern tariflich geregelt werden müßten.

Da jedoch Nachtarbeit sowie Sonn- und Feiertagsarbeit wegen der gesundheitlichen und familiär-sozialen Belastungen prinzipiell abzulehnen sind, ist ihre auf Ausnahmen beschränkte Durchführung nur aus betriebsübergreifenden volkswirtschaftlichen Gründen zu rechtfertigen. Aufgrund dieser „externen Effekte“ ist auch die Allgemeinheit in Form der Steuerbefreiung für Arbeiten in diesen Zeiten fiskalisch zu beteiligen.

Über Bundesrat und Finanzausschuß kommt jetzt die Koalition teilweise auch zu dieser Einsicht. Besser wäre ein ganzer Schritt, ähnlich der Korrekturen zum Beispiel bei der Quellensteuer oder dem Flugbenzin: Rücknahme der Streichung der Steuerfreiheit für Nachtarbeitszuschläge.

(-/14.11.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Berlin ist Freiheit

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat auf seiner gestrigen Sitzung eine EntschlieÙung verabschiedet, die wir nachstehend dokumentieren:

Nach 28 Jahren ist die Mauer faktisch gefallen, die demokratische Volksbewegung in der DDR hat die Freizügigkeit der Deutschen hergestellt. Die Türen des Europäischen Hauses sind geöffnet. Sie dürfen nie wieder geschlossen werden.

Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten danken Willy Brandt. Sein Wort aus dem Jahre 1964 hat sich bewahrheitet: „Die Mauer steht gegen die Geschichte.“

Das Selbstbestimmungsrecht ist erreicht worden. Diese Chance zu nutzen, ist eine gemeinsame Verantwortung der Deutschen. Die Berliner SPD begrüÙt ausdrücklich die Demokratisierungsbemühungen in der DDR auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und die Reformpolitik auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, die offensichtlich jetzt auch Teile der SED mittragen.

Alle Berlinerinnen und Berliner sind glücklich, daß sich die Menschen wieder begegnen können. Wir wollen weiter auf einen Zustand des Friedens und der Einheit Europas hinwirken, in dem auch die Deutschen selbst bestimmen können, wie sie ihr Zusammenleben gestalten.

Durch den Umbruch in Osteuropa und in der DDR wird die Zeit reif für gemeinsame Sicherheit und rasche Abrüstung. Geld, das dem Aufbau von Demokratie und Freiheit im Osten dient, macht den Frieden sicherer als neue Waffensysteme.

Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten warnen vor jenen Kräften im konservativen Lager, die die politischen Veränderungen in Europa nutzen wollen, um das friedliche Zusammenleben mit unseren Nachbarn zu stören.

Wiedervereinigungsrhetorik und das Anknüpfen an großdeutsche Vorstellungen der Vergangenheit dienen nicht der Freiheit der Bürger in der DDR, sondern gefährden die friedliche Entwicklung Europas. Auch die Bundesregierung und ihre Vertreter sollten keinen Zweifel daran lassen, daß alle Verträge und Vereinbarungen mit östlichen wie westlichen Partnern uneingeschränkt Geltung behalten.

Berlin hat jetzt die große Chance, sich zu einer Metropole in der Mitte Europas zu entwickeln. Von Berlin können jetzt wichtige Impulse beim Bau des gemeinsamen Europäischen Hauses ausgehen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre wahltaktische Ablehnung des Senats von Berlin unverzüglich aufzugeben und in diesen Tagen den Berlinerinnen und Berlinern bei der Bewältigung der besonderen Probleme zu helfen.

Vorrangig sind Mittel zur Bewältigung der Verkehrsprobleme durch zusätzliche Kapazitäten bei U- und S-Bahn, sowie der notwendige technische Ausbau der neuen Übergänge mit entsprechenden Verkehrsanbindungen durch Erhöhung der Bundeshilfe und Bundeszuschüsse. Darüber hinaus ist die Bundesregierung in der Verantwortung, schnellstens zur Lösung wirtschaftlicher und währungspolitischer Probleme der DDR beizutragen, damit nicht durch westliches Versagen die Lage der Menschen in der DDR unnötig erschwert wird.

Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten danken allen Berlinerinnen und Berlinern für die herzliche Aufnahme, Hilfsbereitschaft und Unterstützung gegenüber der Hunderttausenden von Gästen aus Ost-Berlin und der DDR.

Ganz besonderen Dank verdienen die herausragenden Leistungen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von BVG, Polizei, Bezirksämtern, der Sparkassen, Banken, Postämter, des Einzelhandels und viele andere erbracht haben. Auch auf Ost-Berliner Seite ist mit großer Einsatzbereitschaft und enger Zusammenarbeit mit Verkehrsbetrieben, Polizei und Grenzpersonal unbürokratisch der neue Reiseverkehr organisiert worden.

(-/14.11.1989/vo-he/rs)